

Hochheimer Stadtanzeiger

Ämtliches Organ der Stadt Hochheim a. M.



Erscheint auch unter dem Titel: Kassanischer Anzeiger, Kreisblatt für den Landkreis Wiesbaden.

Erscheint 3 mal wöchentlich: Dienstags, Donnerstags, Samstags.

Redaktion und Expedition: Viebrich a. Rh., Rathausstraße 16. Telefon 41.

Bezugspreis: monatlich 225 $\frac{1}{2}$ einschließlich
Bringerlohn. Wegen Postbezug näheres
bei jedem Postamt.

Anzeigenpreis: für die 8 Spaltenzeile
Colonelzeile oder deren Raum 60 $\frac{1}{2}$,
Reklamezeile 200 $\frac{1}{2}$.

Rotations-Druck und Verlag: Guido Seidler vorm. Hofmann'sche Buchdruckerei, Viebrich. — Redakteur: Paul Jorisch, Viebrich a. Rh. — Filial-Expedition in Hochheim: Jean Lauer.

Nr. 66

Donnerstag, den 9. Juni 1921.

Postfach 10
Stadthaus (Main) Nr. 10114

15 Jahrgang

Ämtlicher Teil.

Nr. 320.

Bekanntmachung.

Die Staatsregierung hat die Herstellung einer geologischen Karte von Preußen unternommen.

Mit der Ausführung der betreffenden Arbeiten in dem hiesigen Kreise ist der Landesgeologe Geh. Bergrat Professor Dr. Leppla beauftragt worden.

Mit Rücksicht auf die Gemeinnützigkeit dieser Arbeiten und ihre Wichtigkeit für die Interessen der Land- und Forstwirtschaft und der Industrie ist es dringend erwünscht, daß die Ortsbehörden und Kreisangehörigen den Benannten bei seinen Arbeiten unterstützen und ihn namentlich von etwa gemachten geologischen Funden und Beobachtungen, welche für die Kartenaufnahme von Interesse sein können, in Kenntnis setzen.

Von Seiten der geologischen Landesanstalt ist der genannte Beamte mit Legitimationskarte versehen worden.

Wiesbaden, den 4. Juni 1921.
J. R. 2. 2832. Der Landrat.

Nr. 321.

Gemäß dem Erlass des Herrn Ministers für Volkswirtschaft vom 20. 4. 21 i. M. IV 988/21 weise ich die Ortsbehörden auf die Befassung des Wertes des Gesundheitswesens des Preuß. Staates in den Jahren 1914—1918 hin. Zu belegen bei der Verlagsbuchhandlung Richard Schütz zu Berlin S. W. 45, Wilhelmstraße 48. Preis 24 M.

Wiesbaden, den 4. Juni 1921.
Der Landrat.

Beit. Erwerbslosenfürsorge.

Die Einfindung der nach meinem Rundschreiben vom 27. 12. 1920 von den Magistraten und Gemeindevorständen vorzulegenden Nachweisung muß sofort erfolgen.

Wiesbaden, den 6. Mai 1921.
Der Vorsitzende des Kreis-Ausschusses.
J. B. Wieser.

Nr. 322.

Bekanntmachung.

Die Firma Birkenstein u. Co., Hauptniederlassung in Frankfurt a. M., beabsichtigt auf dem Grundstück Giesmühle bei Wieser, Gemarkung Wieser, verzeichnet im Grundbuch unter Band 17, Blatt 645, Parzellen Nr. 807/546, 755/548, 547, 756/549, 760/550, 551, 552, 553, 554 und 808/619 nach Maßgabe der eingereichten Zeichnungen und Befreiungen eine

optische Fabrik

unter gleichzeitiger Benutzung des Widerbaches zur Abführung der Abwässer durch ein Klärbecken, zu errichten.

Dieses Unternehmen bringe ich hiermit gemäß § 65 Abs. 3 des Pr. Wassergesetz vom 7. 4. 1913 mit der Aufforderung zur öffentlichen Kenntnis, mit der Aufforderung gegen dasselbe binnen 21 Tagen bei mir schriftlich in 2 Ausfertigungen oder in Protokoll anzubringen.

Die Frist beginnt mit dem Bogenzuge, welcher auf den Tag folgt, an dem die diese Bekanntmachung enthaltende Nr. des Kreisblattes ausgegeben wird.

Nach Ablauf der Frist sind Einwendungen in dem Vorverfahren nicht mehr anzubringen und können vom Beginn der Ausübung des vorliegenden Rechts an, wegen nachteiliger Wirkungen nur noch gemäß § 82 und § 203 Abs. 2 des Wassergesetzes begehrt werden.

Die auf das Unternehmen sich beziehenden Zeichnungen und Befreiungen liegen an den Wochentagen während der Vormittagsstunden von 9—12 in Zimmer 25 des Landratsamtes hier selbst zur Einsicht aus.

Zur mündlichen Erörterung der gegen das oben bezeichnete Unternehmen etwa rechtzeitig erhobene Einwendungen wird hierdurch Termin auf

Montag, den 4. Juli ds. Js.,
vormittags 10 Uhr

in Zimmer 25 des Landratsamtes anberaumt. Im Falle des Ausbleibens des Unternehmers oder derjenigen, die Einwendungen erhoben haben, wird gleichwohl mit der Erörterung der Einwendungen vorgegangen werden.

Wiesbaden, den 7. Juni 1921.
Geld. Nr. I. B. 197/1. Der Landrat.

Nichtämlicher Teil.

Preussischer Landtag.

Berlin, 6. Juni. Auf der Tagesordnung steht die erste Beratung des Haushaltsplanes für 1921.

Abg. Braun (Soz.) polemisiert gegen die Rechtsparteien. Die Rechte treibe Katastrophen-

politik. Der Redner mündet sich dann zum Etat, bei dem ganz erheblich gespart werden könnte. Wenn man sich freilich an das Beispiel des Reiches halte, wo das Reichsministerium jetzt mehr koste, als früher das ganze 800 000 Mann-Heer, sei nicht viel zu hoffen. Jedenfalls dürften die Ersparnisse nicht auf Kosten der Beamten, Angestellten und Arbeiter vorgenommen werden. Die Landwirtschaft könne alles erzeugen, was wir brauchen. Hier könnten wir vom Auslande unabhängig werden. Voraussetzung dafür sei, daß jeder Versuch, den Landarbeiter wieder in das alte Hörigkeitsverhältnis zu versetzen, unterbleibe. Ohne erhöhte Einnahmen werde man nicht auskommen. Das werde schon durch die Forderungen des Ultimatums bedingt, das allein jährlich 80 Milliarden Papiermark mehr aus dem deutschen Volke herausheben wolle. Es müßten daher in erster Linie die Steuern reiflos einkommen. Bei den Arbeitern, Angestellten und Beamten sei das auch der Fall, nicht aber bei der Industrie und der Landwirtschaft, wo mit Energie nachgeholt werden müsse. Wir bedauern, daß der Finanzminister uns noch keinen Weg gezeigt hat, wo er neue Steuern erheben will. Die einzige noch erziehbare Steuerquelle, die uns geblieben ist, die Grundsteuer, soll doch den Gemeinden verbleiben. Das ist ein Ding der Unmöglichkeit. Der Redner verlangt sofortige Vorlegung der Verwaltungsreform im Sinne der Befähigung des republikanischen Gedankens. Die Entwertung und die Aufhebung der Selbstverwaltungsmittel mit Energie durchzuführen, damit nicht monarchistische Treiben hier ihre Heimat finden. Der Redner regt an, aus den Geldern, welche den Hohenzollern zuzufallen sollten, welche Schuld an Kriegen trügen, (Abg. Niehoff (Dnt.) ruft: Bewußte Lüge!) wird deshalb zur Ordnung gerufen.) sollte eine Milliarde als Beitrag zu den Kriegskosten vorweggenommen werden. Das würde dem Volksempfinden entsprechen. Die Monarchie sei für alle Zeiten begraben. Als der Redner dem „blutigen System“ einen temperamentsvollen Nachruf widmet, erhebt sich großer Lärm auf der Rechten. (Zuruf: Das war ihre Willkür bei den Unabhängigen.)

Abg. von Papen (Str.) wendet sich zum Etat selbst und warnt davor, den Grundbesitz der Selbstverwaltung eine leere Schale. Die Grundsteuer müsse den Gemeinden bleiben. Der Redner macht sodann Vorschläge zur Befähigung erhöhter Einnahmen und gibt solche in der Vorrede weiterer Holzverkäufe. Die Fortverwaltung werde überhaupt mehr in kaufmännischer Weise geführt werden müssen. Die Viehzucht müsse vermehrt u. der Schutz gegen Seuchengefahr noch mehr als bisher gesichert werden, zumal der Krieg uns viel Infektionsstoff ins Land gebracht hat. Redner kommt dann auf die Forderung der Landmännlichkeit zu sprechen. Er verlangt Bänderung des Wahlstufensystems. Er begründet dann einen Antrag seiner Partei, die Unterfütterung der oberständlichen Organe des Aufwandes aus Staatsmitteln solange fortzusetzen, bis das Reich Schadenertrag von der polnischen Regierung erlangt habe. Zur Schlussfrage hält er an den alten Forderungen des Zentrums, fest, an der Befähigungsschule. Die Wiedereingliederung des deutschen Volkes könne nur auf kulturell-ethnographischer Grundlage erfolgen. Redner schließt mit der Forderung nach Aufhebung der Sanktionen und der Befreiung Oberpfälzens.

Abg. von der Ohe n. (Dnt.) beantragt mit einer Anerkennung für die alte Hohenzollernherrschaft, die Preußen in 200 Jahren zur Größe gebracht habe. Die vielgerühmte Demokratisierung habe es dagegen in einen beispiellosen öffentlichen Niedergang und Tiefstand gebracht. Was hätte Oberpfälzen wohl ohne die vielgerühmte Orgel angelassen? Was soll das Organ über Schuld und Missethat? Wie haben ein gutes Gewissen. Aber hier handelt es sich jetzt darum, daß wir uns gegen die Lebergriffe der Entente unserer Haut wachen. Daß ein Mann von den Qualitäten des ehemaligen Ministers Braun in solchen Stunden von einfachen Parteimitgliedern herbeigeholt wird, ist mir unbegreiflich. Wenn es um das Wohl des Volkes geht, muß eben das Parteinteresse zurücktreten. Das haben allmählich auch die Arbeiter ein. Wir auf der Rechten kennen uns zu den gegebenen Realitäten. Wir werden uns nicht auf eine Parteilichkeit einlassen. Wir wollen den Finanzminister keine Blankovollmacht erteilen, wir wollen gern jeden Plan, der uns allen nützt, aber auch, daß die Produktionsquellen in Industrie und Landwirtschaft nicht erlödet werden. Der Geldbedarf des Reiches wächst so rapid, daß es immer weitere Wände hat. Die Grundsteuer muß unbedingt den Ländern und Kommunen vorbehalten bleiben. Nach dem Programm des Reichswirtschaftsministers Schmidt sollen auch private Vermögenswerte zu Gunsten der Entente enteignet werden. Er will allen deutschen Besitz den feindlichen Kapitalisten abliefern. Die deutschen Arbeiter werden aus diesem Zusammenbruch der sozialistischen Doktrin lernen. Die preussische Landmännlichkeit kann unser Land selbst wieder erhält. Ein ungeteiltes Oberpfälzen ist die Vorbedingung für Deutschlands und Preußens Gedeihen. Im diesseits Unzufrieden zu sein, hätten wir etwas allzu vorzugehen sollen. Wir dürfen uns da nicht auf die Demokratie verlassen, sondern müssen unser Recht in die eigene Faust nehmen.

Abg. Dr. v. Althaus (D. Sp.): Die Angriffe auf die Hohenzollern sind ein Beweis für die Minderwertigkeit des deutschen Volkes. (Unruhe links.) Die französischen Republikaner haben das Andenken des großen Napoleon verglichen? Wir brauchen bauernde staatliche Einnahmen. Wir dürfen keine Ausgabe mehr ohne Deckung bewilligen. Nachdem das Ultimatum einmal angenommen ist, müssen alle Kreise des Volkes ernsthaft an seiner Erhaltung durchzuführen arbeiten. Der Deutschen Volkspartei kann wegen ihrer Ablehnung des Ultimatums die Regierungsfähigkeit nicht abgesprochen werden. Denn die in der Regierung stehenden Demokraten haben in ihrer Mehrheit ja auch das Ultimatum abgelehnt. Der Redner bedauert dann lebhaft die massiven Abplitterscheitungen in Hannover und fordert in jedem Falle mehr kaufmännische Betätigung. Eine Verwaltung, die uns keine entsprechenden Lebergriffe bringt, können wir uns nicht mehr leisten. Das wir sparen müssen, sehen wir ein. Es muß jedoch ausdrücklich festgelegt werden, daß die Erhöhung der Beamtengehälter mit der Steigerung der Leistung nicht gleichen Schritt gehalten hat. Bei der Ausschreibung der Reparationslieferungen nach Frankreich müsse das Handwerk direkt ohne Zwischenhandel herangezogen werden. Redner weist zum Schluß auf die Notwendigkeit hin, hier sofort Arbeit zu leisten, statt die Zeit in nutzloser Propaganda zu verwenden, wie es der Abgeordnete Braun getan hat.

Abg. Weyer (Komm.) teilt in dem Etat den Beweis, daß der Staat am Ende seiner Kraft steht. Abgesehen von der Erwerbslosenfürsorge enthält der Etat sehr wenig Maßnahmen für die Wohlfahrt der arbeitenden Bevölkerung. Für die Bekämpfung der Tuberkulose ist nur eine Million ausgeworfen. Die vielgerühmte Sparanstalt beginnt also bei der Arbeiterfrage, während für die Bauern im Volkswohl Milliarden ausgelegt wurden. Der Reichswirtschaftsminister im Ministerium des Innern von 35 Millionen müßte verschwinden. Redner richtet dann scharfe Angriffe auf die Selbstverwaltung und geht dabei insbesondere auf den Fall Sachsen ein, wobei er wegen des Ausbruchs, man müsse dem Minister ins Gesicht speien, zur Ordnung gerufen wird, ebenso wie der kommunistische Abg. Paul Hoffmann, der durch einen Zwischenruf die Ausführungen des Redners unterbricht. Der Redner schließt mit einem Protest gegen die Aufhebung der Immunität des Reichstages.

Abg. Leide (Komm.) erklärt, daß die Debatte in diesem Hause, die nur das im Reichstag gefagte wiederhole, die Lebergriffe dieses Parlamentes beweise. Die wichtigsten Entscheidungen über Preußen und die Einzelstaaten werden heute im Reichstag getroffen. Im übrigen wendet sich der Redner gegen die zu geringe Bereitschaft von Mitteln für Wohlfahrtszwecke.

Abg. Deller (Dem.): Die Rede des Abg. v. d. Ohe wirkt außerordentlich mahnend durch ihre Ruhe und Sachlichkeit. Hoffentlich wird dieser Wille zur sachlichen Mitarbeit in die Tat umgesetzt. Wir unterwerfen uns in dieser Zusammenarbeit gerne bereit. Unsere Schuld ist es nicht, wenn die beiderseits Basis für die Regierung noch nicht zu Stande gekommen ist. Sparanstalt ist heute das Hauptfordernis. Auf dem Boden der Zwangswirtschaft kann die Wiedereingliederung unserer Wirtschaft nicht erfolgen. Oberpfälzen haben wir der Entente zu neuen Händen gegeben. Darin lag auch für die Entente ein schweres Maß von Verantwortung. Es ist ersichtlich, daß unsere Oberpfälzer heute die Gräber englischer und italienischer Sieger mit Kränzen schmücken müssen. Redner schließt mit einem Appell auf die Einigkeit.

Ministerpräsident Siegelmaier verweist darauf, daß die obersteinsten Ereignisse gerade zur Zeit des Ultimatums eingetreten seien und daß die Lage der Reichsregierung und der preussischen Regierung äußerst schwer gewesen ist. Seitdem habe sich aber vieles geändert und er werde beim Reichstag energisch vorstellig werden und gleichzeitig feststellen, daß die Entente in ihrer Schutzverwaltung verlegt habe. In der Frage der Verwaltungsreform würden die grundlegenden Befehle über die Kreis- und Gemeindeordnung bis zum Herbst fertig sein. Vorher werde man nicht gut Experimente machen können. Dann könne man auch über den Abbau überflüssiger Ministerien usw. berathen. Daß manches preussische Büro umstülzen könne, gebe er zu. Die Grundsteuer müsse den Ländern wie den Gemeinden zu gute kommen. Dazu müsse auch die eine oder andere neue kleinere Steuer kommen. Aber erst bis zum nächsten Etat werde sich eine Ueberflüssigkeit gewinnen lassen. Bezüglich der Regierungsombudschaft habe er dies für völlig unerwünscht und wirtschaftlich notwendig, da wir noch vor großen Umwälzungen sozialer und wirtschaftlicher Art ständen, bedingt durch das Ultimatum, unsere eigene Schuldenlast und die Verfolgung der Kriegssperre. Die breitesten Schichten des Volkes würden daher an der Regierungsbildung beteiligt sein, nachdem wir am 10. Mai so gelang haben. Sie müssen einsehen lernen, daß wir alle haben. Sie müssen einsehen lernen und nicht mehr auf den Felsen stehen müssen und nicht mehr auf der Basis der Zeit des Wohlergehens weiter leben können. (Protest bei der äußersten Linken.) Persönlich könne er zur Sache der Regierungsbildung nicht viel tun. Jedenfalls könne er, nachdem er bei seiner zweiten Wahl gegen die Sozialdemokraten gewählt worden sei, nicht die anderen Demokraten gewählt werden, nicht die anderen Parteien durch Neuanziehung der Sozialdemokraten vor den Kopf stoßen. Sei erst die Frage geklärt, wer der künftige Ministerpräsident sein werde, werde er seine Aufgabe als gelöst betrachten und zurücktreten. Jedenfalls aber nicht vorher, denn er wolle nicht der Welt wieder das Schauspiel einer fünfjährigen Zänkelei um die Frage der Regierungsbildung bieten.

Finanzminister Sammler: In der Frage der Reichssteuergehe wird ein Auspruch von sechs Mitgliedern der Länder nach in dieser Woche mit dem Reichsfinanzminister zur Beratung künftiger Fragen zusammen kommen. In der Grundsteuerfrage könne ein Land allein nicht vorgehen.

Die Weiterberatung wird sodann auf Dienstag vertagt.

Durchführung arbeiten. Der Deutschen Volkspartei kann wegen ihrer Ablehnung des Ultimatums die Regierungsfähigkeit nicht abgesprochen werden. Denn die in der Regierung stehenden Demokraten haben in ihrer Mehrheit ja auch das Ultimatum abgelehnt. Der Redner bedauert dann lebhaft die massiven Abplitterscheitungen in Hannover und fordert in jedem Falle mehr kaufmännische Betätigung. Eine Verwaltung, die uns keine entsprechenden Lebergriffe bringt, können wir uns nicht mehr leisten. Das wir sparen müssen, sehen wir ein. Es muß jedoch ausdrücklich festgelegt werden, daß die Erhöhung der Beamtengehälter mit der Steigerung der Leistung nicht gleichen Schritt gehalten hat. Bei der Ausschreibung der Reparationslieferungen nach Frankreich müsse das Handwerk direkt ohne Zwischenhandel herangezogen werden. Redner weist zum Schluß auf die Notwendigkeit hin, hier sofort Arbeit zu leisten, statt die Zeit in nutzloser Propaganda zu verwenden, wie es der Abgeordnete Braun getan hat.

Abg. Weyer (Komm.) teilt in dem Etat den Beweis, daß der Staat am Ende seiner Kraft steht. Abgesehen von der Erwerbslosenfürsorge enthält der Etat sehr wenig Maßnahmen für die Wohlfahrt der arbeitenden Bevölkerung. Für die Bekämpfung der Tuberkulose ist nur eine Million ausgeworfen. Die vielgerühmte Sparanstalt beginnt also bei der Arbeiterfrage, während für die Bauern im Volkswohl Milliarden ausgelegt wurden. Der Reichswirtschaftsminister im Ministerium des Innern von 35 Millionen müßte verschwinden. Redner richtet dann scharfe Angriffe auf die Selbstverwaltung und geht dabei insbesondere auf den Fall Sachsen ein, wobei er wegen des Ausbruchs, man müsse dem Minister ins Gesicht speien, zur Ordnung gerufen wird, ebenso wie der kommunistische Abg. Paul Hoffmann, der durch einen Zwischenruf die Ausführungen des Redners unterbricht. Der Redner schließt mit einem Protest gegen die Aufhebung der Immunität des Reichstages.

Abg. Leide (Komm.) erklärt, daß die Debatte in diesem Hause, die nur das im Reichstag gefagte wiederhole, die Lebergriffe dieses Parlamentes beweise. Die wichtigsten Entscheidungen über Preußen und die Einzelstaaten werden heute im Reichstag getroffen. Im übrigen wendet sich der Redner gegen die zu geringe Bereitschaft von Mitteln für Wohlfahrtszwecke.

Abg. Deller (Dem.): Die Rede des Abg. v. d. Ohe wirkt außerordentlich mahnend durch ihre Ruhe und Sachlichkeit. Hoffentlich wird dieser Wille zur sachlichen Mitarbeit in die Tat umgesetzt. Wir unterwerfen uns in dieser Zusammenarbeit gerne bereit. Unsere Schuld ist es nicht, wenn die beiderseits Basis für die Regierung noch nicht zu Stande gekommen ist. Sparanstalt ist heute das Hauptfordernis. Auf dem Boden der Zwangswirtschaft kann die Wiedereingliederung unserer Wirtschaft nicht erfolgen. Oberpfälzen haben wir der Entente zu neuen Händen gegeben. Darin lag auch für die Entente ein schweres Maß von Verantwortung. Es ist ersichtlich, daß unsere Oberpfälzer heute die Gräber englischer und italienischer Sieger mit Kränzen schmücken müssen. Redner schließt mit einem Appell auf die Einigkeit.

Ministerpräsident Siegelmaier verweist darauf, daß die obersteinsten Ereignisse gerade zur Zeit des Ultimatums eingetreten seien und daß die Lage der Reichsregierung und der preussischen Regierung äußerst schwer gewesen ist. Seitdem habe sich aber vieles geändert und er werde beim Reichstag energisch vorstellig werden und gleichzeitig feststellen, daß die Entente in ihrer Schutzverwaltung verlegt habe. In der Frage der Verwaltungsreform würden die grundlegenden Befehle über die Kreis- und Gemeindeordnung bis zum Herbst fertig sein. Vorher werde man nicht gut Experimente machen können. Dann könne man auch über den Abbau überflüssiger Ministerien usw. berathen. Daß manches preussische Büro umstülzen könne, gebe er zu. Die Grundsteuer müsse den Ländern wie den Gemeinden zu gute kommen. Dazu müsse auch die eine oder andere neue kleinere Steuer kommen. Aber erst bis zum nächsten Etat werde sich eine Ueberflüssigkeit gewinnen lassen. Bezüglich der Regierungsombudschaft habe er dies für völlig unerwünscht und wirtschaftlich notwendig, da wir noch vor großen Umwälzungen sozialer und wirtschaftlicher Art ständen, bedingt durch das Ultimatum, unsere eigene Schuldenlast und die Verfolgung der Kriegssperre. Die breitesten Schichten des Volkes würden daher an der Regierungsbildung beteiligt sein, nachdem wir am 10. Mai so gelang haben. Sie müssen einsehen lernen, daß wir alle haben. Sie müssen einsehen lernen und nicht mehr auf den Felsen stehen müssen und nicht mehr auf der Basis der Zeit des Wohlergehens weiter leben können. (Protest bei der äußersten Linken.) Persönlich könne er zur Sache der Regierungsbildung nicht viel tun. Jedenfalls könne er, nachdem er bei seiner zweiten Wahl gegen die Sozialdemokraten gewählt worden sei, nicht die anderen Demokraten gewählt werden, nicht die anderen Parteien durch Neuanziehung der Sozialdemokraten vor den Kopf stoßen. Sei erst die Frage geklärt, wer der künftige Ministerpräsident sein werde, werde er seine Aufgabe als gelöst betrachten und zurücktreten. Jedenfalls aber nicht vorher, denn er wolle nicht der Welt wieder das Schauspiel einer fünfjährigen Zänkelei um die Frage der Regierungsbildung bieten.

Finanzminister Sammler: In der Frage der Reichssteuergehe wird ein Auspruch von sechs Mitgliedern der Länder nach in dieser Woche mit dem Reichsfinanzminister zur Beratung künftiger Fragen zusammen kommen. In der Grundsteuerfrage könne ein Land allein nicht vorgehen.

Die Weiterberatung wird sodann auf Dienstag vertagt.

Berlin, 7. Juni. Nach Erledigung einer Reihe Anfragen, legt das Haus die Beratung des Etats fort.

Abg. Dr. Bredt (Wirtschaftspartei) meint, von einer Bilanzierung des Etats könne keine Rede sein. Aus den Staatsbetrieben müßten größere Ertragskräfte herausgewirtschaftet werden. Das Beispiel der Eisenbahnen lasse hier aber nicht viel Gutes erhoffen. Währungsreform sei der beste Schutz gegen weitere Sozialisierungsansprüche.

Abg. Heilmann (Soz.): In sozialen Dingen will der Ministerpräsident mit der Linken gehen, in nationalen mit der Rechten. Was will der Präsident ohne uns machen? Er will die Grundsteuer, ist aber auf dem besten Wege durch Vereinbarung mit den übrigen Ländern sie doch dem Reiche zu überlassen. Ohne uns wird er nicht eine einzige Steuer bewilligt erhalten. Daran wird auch die platonische Freundschaft der Deutschen Volkspartei und der Rechten nichts ändern. Entweder regieren Sie mit uns oder Sie haben die ganze sozialdemokratische Arbeiterfrage gegen sich. Wir lehnen die Stunde herbei, wo wir ohne Rücksicht auf außenpolitische Momente hingehen können in den frisch-fröhlichen Kampf gegen die Reaktion.

Abg. Klotz (Str.) appelliert an das Haus, die parteipolitischen Wände zurückzuwerfen und sachlich zu verhandeln. Nur damit könne dem Volksganzen gedient werden. Redner betont, daß die Notwendigkeit der Schaffung neuer Steuern. Redner erklärt, daß eine Mitarbeit der Sozialdemokratie seitens des Zentrums nichts im Wege liege. Dazu gehöre aber der gute Wille der Sozialdemokraten.

Landwirtschaftsminister Warmbold entwirft sodann sein Siedlungsprogramm, das daraus hinausläuft, verteilend neue Siedlungsteile für 1921 zu schaffen, den gemeinnützigen Siedlungsvereinigungen Kredite zu gewähren und das Aufhebungsgebot abzuändern, daß Kredite für Bodenverbesserungen gegeben werden könnten. Der Minister bezeichnet als wesentlichste Ziele seiner Siedlungspolitik erstens die Vermehrung der ansehnlichen Landbevölkerung durch bessere Befriedung des vorhandenen Bodens und Gewinnung und Befriedung neuen Kulturlandes, zweitens die schnelle Hebung der landwirtschaftlichen Erzeugung mit dem Ziel, unsere Bevölkerung möglichst bald aus eigener Erzeugung ausreichend zu ernähren. Um den Lebensstandard der ländlichen Bevölkerung auf dem Lande festzuhalten und erhöht zu machen, müssen die Bauernstellen vermehrt werden. Die Anlegung von jährlich 4000 neuen Stellen würde auch den Baumarkt, die Industrie und das Handwerk beleben. Die Zwangswirtschaft für landwirtschaftliche Erzeugnisse ist ein schweres Hemmnis für die Erzeugung, die sich nur in voller Freiheit entwickeln kann. Durch Gewährung eines größeren Realzinsfußes muß der Landwirtschaft das nötige Betriebskapital angedient werden. Der Minister schließt mit der Ankündigung, daß durch ein möglichst dichtes Netz bäuerlicher Betriebswirtschaften die landgemeine Betriebsführung gefördert werden soll. (Beifall.)

Abg. Wallraf (Dnt.): Das Volk ist des Parteigegensatzes satt. Der Redner warnt davor, künstlich die Gegensätze in der Beamtenschaft großzuziehen. Sparsamkeit und Vereinfachung der Geschäftsführung liegen sich leichter erreichen, wenn den Kämpfen zwischen den Ressorts ein Ende gemacht werde. Dadurch werde auch die Verwaltungsreform ein gutes Stück gefördert. Der Redner würdigt dann die historische Mission Preußens und gibt dem Wunsch Ausdruck, daß Preußens Aufgabe noch nicht beendet sei.

Ministerpräsident Siegelmaier: Ein Volk kann sich selbst regieren ohne vorwärtszukommen, wenn es keine gute Führung hat. Die Sozialdemokratie war bis vor zwei Jahren in Preußen von den Staatsgeschäften so gut wie ausgeschlossen. Erst nach dem Kopp-Buch kam eine solche Umgestaltung in der Verwaltung. Die staatspolitischen Gesichtspunkte liegen mir vor den parteipolitischen im Vordergrund. Ich habe seiner Zeit betont, daß ich in sozialen Dingen weit links liege, in nationalen Sachen aber ein warm empfindendes nationales Herz besitze, das ihm auch die Brücke nach rechts schlage. Was ich unter national verstehe, ist, daß ich in erster Linie erst Deutscher bin, dann Parteipolitiker, erst Deutscher dann Arbeiter, erst Deutscher dann Staatsbürger. Bei den breiten Massen ist diese Auffassung leider nicht selbstverständlich, deshalb muß sie einmal betont werden. (Beifall links, großer Lärm u. Zwischenruf.) Meine Auffassung ist die, den Staat erst einmal wieder fest auf die Beine zu stellen. Geht das nicht, dann kann ich meine Aufgabe eben nicht lösen. Wir müssen zu einer Stetigkeit in der Politik kommen und zwar sowohl im Reiche wie in Preußen.

Abg. Dr. v. Campe (D. Sp.) betont, daß die Worte Siegelmaiers ihn sehr Impassivität berühren. Sie seien getragen von dem Bewußtsein politischer Verantwortung. Die Forderung des Abg. Braun nach Konstitution des Hohenzollernvermögens bedeutet einen klaren Verfassungsbruch. (Widerpruch links.) Dem General Höfer danken wir für die mündliche Antwort, die er der A. u. A. auf ihre Zustimmung in der obersteinsten Angelegenheit gegeben hat.

Abg. Schutz-Renteln (Komm.) richtet scharfe Angriffe gegen die Hohenzollern und die Deutsch-nationalen und wird vom Vizepräsidenten Garmisch unter ungebührlichem Lärm der äußersten Linken zum Ordnung gerufen.

Abg. Dr. Cohn (USP.) verlangt die Befreiung des militärischen Geldes in der Schulpflicht und polemisiert gleichfalls in längeren Ausführungen gegen die Rechte. Das Steuerproblem lasse sich nur dann lösen, wenn die neuen Steuern diejenigen ersetzen, welche bisher noch nicht erschußend gelöst seien.

Abg. Schreiber (Dem.): Ohne neue Steuern

ern werden wir nicht auskommen. Mit der Ge-
werbe- und Gewerbesteuer läßt sich allerdings nicht
viel machen, dagegen werde die Grundsteuer auch
unter Berücksichtigung der Gemeinden immer noch
etwas anwachsen. Die Siedelungstätigkeit und
Heimstättenbewegung verdiene jede Förderung.
Daher ist die Heimerlöse erspäht. Nach per-
sönlichen Bemerkungen wird der Etat dem Haupt-
auschuss überwiesen. — Nächste Sitzung Dienstag.

Sages-Rundschau.

Berlin. Im Reichstagsauschuss für
Volkswirtschaft wurde der Gesetzentwurf über
die Neuordnung der Brotversorgung weiter
beraten. Der Reichsernährungsminister ver-
sicherte, daß aus den vorhandenen und zu er-
wartenden Vorräten eine genügende Reserve
für die Einführung des Umlageverfahrens zu-
stünde kommen werde, daß diese aber nicht für
den Übergang zur freien Wirtschaft ausreiche.
Das Umlageverfahren sei von den Kommunal-
behörden festzustellen. Auf Grund die-
ser Feststellungen und anderer Ermittlungen
trag man dem Standpunkt der Landwirtschaft
Rechnung. Der Vertreter der bayerischen Re-
gierung befürwortete den sofortigen Übergang
zur freien Wirtschaft, der später noch schwe-
riger auszuführen sein würde, als jetzt. Die
Weiterberatung findet morgen statt.

Berlin. Oberst Hauke, der frühere Berater
Wilson, ist Samstag von Paris zu einem
kurzen Besuch in Berlin eingetroffen und als
Gast des amerikanischen Geschäftsträgers
Dresler in dessen Haus abgeteilt. Er hat
keine amtliche Mission, sondern unternimmt
die gegenwärtige Europareise im Auftrag der
„Public Ledger“-Zeitung. Ihm zu Ehren fand am Samstag in der ameri-
kanischen Legation ein Gastmahl statt, zu wel-
chem auch hervorragende deutsche Wirtschafts-
führer zugezogen wurden. — Hauke erklärte im
Verlaufe einer Unterredung, die Tatsache, daß
Walter Rathenau bereit gewesen sei, den
Posten des deutschen Wiederaufbauministers
anzunehmen, beweise, daß die neue Regierung
die Absicht habe, zu zahlen, sofern dies nur
innerhalb der Möglichkeit liege.

München. Der Landeskommissar für die
Entwaffnung der Zivilbevölke-
rung erläßt eine Bekanntmachung über die
Waffenabgabe der Einwohnerwehr. Danach
muß bis 10. Juni auf Grund des Ultimatus
der Entente die Ablieferung der Gewehre und
Maschinengewehre der Selbstschutzorganisa-
tionen, ferner bis 30. Juni die Ablieferung sämt-
licher übrigen Waffen, die unter das Ent-
waffnungsgesetz fallen, sowie der zugehörigen Mu-
nition der interalliierten Militärkontrollkom-
mission in Berlin amtlich angezeigt sein. Die
bayerische Einwohnerwehr beschloß, die Ent-
waffnung freiwillig durchzuführen und die Ab-
lieferung an die Reichstreuhandgesellschaft so-
rechtzeitig erfolgen zu lassen, daß die von der
interalliierten Militärkontrollkommission vor-
geschriebenen Fristen eingehalten werden
können.

Der Deutsche Städtebund hielt in Dresden eine
Vorstandssitzung ab, in der er sich mit den fi-
nanziellen Fragen der Städte und
Gemeinden befaßte. Er fordert in einer Ent-
scheidung, daß das Reich schleunigst den Städten
für die durch die Novelle zum Reichseinkommen-
steuergesetz veranlassenen Ausfälle Ersatz leistet
und seine Verpflichtung anerkennt zur baldigen end-
gültigen Neuordnung der Finanzen der deutschen
Gemeinden ausreichend beizutragen. Werde diese
Steuerordnung nicht bald durch Verständigung
zwischen Reich, Ländern und Gemeinden gesichert,
so sei mit dem Zusammenbruch der Gemeinden zu
rechnen, für den das Reich die Verantwortung
trage.

Die erlahmenden Wirkungen der Zolllinie.

Der Wirtschaftsausschuss des besetzten Ge-
bietes, die Handelskammern und wirtschaft-
lichen Verbände sind durch Vorstellungen bei
den zuständigen Stellen dringend für
eine schnelle Aufhebung der
Zolllinie im Osten des besetzten Gebietes
und des Genehmigungsverfahrens des Einfuhr-
Ausfuhrpasse bemüht. Sie konnten dabei auf
die augenfälligen nachteiligen Wirkungen, wie
Verkehrsbehinderungen, Zunahme der Arbeitslosig-
keit ufm. hinweisen. Andere Wirkungen, wie
Rückgang des Abzuges, Stilllegung einzelner
Betriebsstellen, Verärgerung der Arbeitszeit, Ent-
lassung einzelner Angestellter und Arbeiter,
Ausbleiben der Aufträge, Rückgang des Um-
satzes entgegen dagegen größtenteils der öffent-
lichen Kenntnis. Die Firmen des besetzten Ge-
bietes werden deshalb gebeten, derartige nach-
teilige Wirkungen unverzüglich der zuständigen
Handelskammer oder ihrem Fachverband zur
Weiterleitung an den Wirtschaftsausschuss mit-
zuteilen. Der Wirtschaftsausschuss wird seine
Bemerkungen auf Befehligung der das besetzte
Gebiet so schwer bedrückenden Zwangsmah-
regeln mit größter Aussicht auf Erfolg fort-
setzen können, wenn er durch umfassendes Tat-
sachenmaterial der erwähnten Art die Schädlich-
keit noch deutlicher beweisen kann.

Stresemann zur Regierungsbildung.

Berlin, 8. Juni. In einem Artikel „Reichs-
regierung und preussische Regierung“ über Dr.
Stresemann im „Abt. Abendblatt“ kritisiert an der
Sozialdemokratie, weil an ihr die Herstellung der
sogenannten erweiterten Koalition unter Einfluß
der deutschen Volkspartei sowohl im Reich wie in
Preußen scheiterte. Er kennzeichnet die Gründe der
Sozialdemokratie als brüchige Argumente, die nur
die Tatsache verschleiern sollen, daß sie eben nicht
will. Stresemann schließt mit den Worten des Be-
bauers, indem er sagt: Es scheint, als ob es uns
noch zu gut geht. Wenn wir in alle Forderungen
eintreten, die sich aus der wirtschaftlichen und po-
litischen Lage Deutschlands ergeben, wird man die
Zusammenfassung aller positiven Schaffenden zu einer
nationalen Einheitsfront für eine Selbstverständ-
lichkeit anerkennen. Bedauerlich ist, daß der Weg da-
hin über sozialer Enttäuschungen und verärgerten Ge-
legenheiten geht.

Die Arbeitszeit für Arbeiter und An- gestellte.

Wie das Organ Stegerwalds, „Der Deutsche“,
von unterrichteter Stelle erfährt, wird der Ge-
setzentwurf über die Regelung der Arbeitszeit gewer-
licher Arbeiter noch in diesem Monat der Beschluß-
fassung des Reichstages unterliegen. Der Ent-
wurf bedeutet die Erfüllung des sogenannten
Washingtoner Übereinkommens. Er sieht grund-
sätzlich den Achtstundentag vor, unterscheidet aber
in Bemessung der Arbeitszeit dauernde Schwer-
arbeit von bloßer Arbeitsbereitschaft. Der Ge-
setzentwurf über die Arbeitszeit der Angestellten wird
wahrscheinlich erst in einigen Monaten dem Kai-
ser unterbreitet werden.

Rathenau.

Deutschlands neuer Wiederaufbauminister findet
in der „Neuen Zürcher Zeitung“ eine Würdigung
seiner Persönlichkeit und der ihr harrenden Auf-
gaben und Schwierigkeiten, die mit scharfem, klarem
Blick erkannt sind. Emil Ludwig gibt Rathenau
folgende Kennzeichnung und Voraussetzungen:

Seine Klappen heißen: erstens Stilles,
zweites Antisemitismus, drittes Kol-
legialität, denn Rathenau hat, bei aller Kon-
stanz der Formen, die Denkwelt eines Dis-
tinktor, lernt nur nach Sachlichkeiten und wird
lieber fortgehen, als den Weg, den er seit einem
Jahrzehnt durchschaut hat, modifizieren: sein Geist
muß das Kabinett durchdringen oder ganz weichen.
Dem Betrachter ist es diesmal leicht gemacht, diesen
Weg vorweg kennen zu lernen. Seit dem Frieden
gibt Rathenau etwa alle Vierteljahre in Broschüren-
form seine Vorschläge zum Aufbau einer neuen Ge-
sellschaft kund, einer neuen Wirtschaft, neuer So-
zialpolitik. Theoretisch ist er längst „Auf-
bauminister“, und indem er es stets für
Europa zu sein verachtet, hat er etwas von jenem
Hoover an sich, der denn auch in Staaten und Mil-
lionen denkt. Staatssozialismus, wie er
ihn im Kriege für Deutschland schuf, ist sein Plan
für den Frieden. Nicht weil er ihn liebt,
sondern obwohl er vielmehr, nach seiner ganzen
Bildung als Schüler Rousseaus, jede Form der
Bürgerfreiheit liebt und haben möchte. Der Zu-
sammenbruch Europas scheint ihm eine Form der
Revolution nötig zu machen, die sein
idealisches Weltbild ablehnt. Rathenau ist Staats-
ethiker. Er bedeutet keine neue Ära,
denn er hat seine Schüler und wird vielleicht zu-
nächst Epigone bleiben; er bedeutet viel-
mehr einen vollen neuen Versuch, der viel später
Epochen machen kann. Lebend in völliger Ein-
samkeit, allein in einem Palazzo, das er
selber gebaut hat, ohne den geringsten Ge-
brauch an seinem Reichtum, weder gefällig,
noch sammelnd, noch reisend, nur tätig zwischen
der Arbeitsstätte seines Bureaus und der Arbeitsstätte
seines Schriftstellerschreibes, hat er mehrere Mil-
lionen zur Ausbildung begabter Ar-
beiter hergegeben und sein ganzes Vermögen
zum gleichen Zweck testiert: alle Legenden sind
falsch. Vor und in dem Kriege haben wir Ouzider
vergeblich auf ihn öffentlich hingewiesen. Als in
Weimar die Depeche eines Vereins zur Verleumdung
kam, die ihn als Reichspräsidenten empfahl, ver-
zeichnete der Bericht „Große Heiterkeit“. Die Heiter-
keit ist ihnen jetzt vergangen. Großer Ernst fordert
ernte Führer.

Widrig erinnert auch daran, daß Rathenau
allein in Spa im August 1920 den Bruch
verhütet und so die einzige Einigung herbeige-
führt habe, die seit 1918 zwischen den Kriegsgewinnern
zustande gekommen sei, natürlich sagen wir, soweit
man 1918 überhaupt von einer „Einigung“
reden kann, denn es handelte sich ja um ein Diktat
des Verbundes. Aber wir wollen es im Auge be-
halten, daß wir bei Rathenau Anerkennung an seine
erprobte Tätigkeit in Spa erinnert worden sind,
von der wahrheitsgemäß heute noch viele sichere
Kenntnis haben.

Der bayerische Bauernführer Dr. Heim auf dem deutschen Bauerntag.

Die deutschen Bauernvereine hielten in diesem
Jahre in Rendsburg ihre Jahresversammlung ab. Der
Vorsitzende der Vereinigung Deutscher Bauernver-
eine eröffnete die Hauptversammlung mit einer
langen Rede, in der er den Nachweis zu führen
suchte, daß die Steuerlasten, die heute in Deutschland
auf den Bauernlasten gelegt seien, das Maß des
Erträgliches überschreite. Weitere Redner traten
für die Bildung einer landwirtschaftlichen
Einheitsfront zur überparteilichen Durch-
setzung wirtschaftlicher Forderungen der Landwirt-
schaft ein. Der Höhepunkt der Tagung war eine
programmatische Rede des bayerischen Bauernführers
Dr. Heim, in der er zuerst darlegte, daß der land-
wirtschaftliche Betrieb weder geeigneter Gegenstand
für die Sozialisierung sei, noch daß man auf diesem
Gebiete eine schablonenmäßige Arbeitszeitregelung
durchführen könne. Es müsse vor einer Gleich-
machung unter den deutschen Stämmen gewarnt
werden, es wäre der Untergang des deutschen Vol-
kes, wenn man aus ihnen einen großen „Ber-
liner Brei“ machen wolle. „Wenn man der
gehabigten Beförderung der Landwirtschaft ent-
gegengetreten will, muß man aber auch gegen die
Erbsünde der Bondwirtschaft: Gleichgültigkeit und
eine gewisse Selbstsucht, ankämpfen wollen. Der
deutsche Bauer darf nicht vergessen, daß er es in
Deutschland nicht allein macht. Der Redner erinnerte
dann an das Bild der Bauern gegenüber dem ein-
gerungen Leben in der Stadt. „Was ist wohl härter“,
rief er aus, „wenn tausende Männer und Mütter
in der Stadt ihre Kinder bleich heranwachsen sehen,
weil die Milch fehlt, oder in ländlichem Haushalt
die Freude zu genießen, rotwangige, gesunde Kin-
der um sich zu sehen? Es gibt kein Deutschland der
Bauern, der Arbeiter, der Unternehmer, sondern
nur ein Deutschland des deutschen Volkes. Das all-
gemeine Schicksal geht auch an der Tür der Bauern
nicht vorbei. Der Bauer muß Achtung haben vor
dem Volke der Arbeit in den Städten. Das Volk
der Arbeit in Stadt und Land muß sich verständigen,
Trenne der Scholle, der deutschen Heimat die Pa-
role! Notwendig ist es, daß wir ein einzig Volk
werden in Angst und Not.“

In einer Reihe von Entschließungen wurde
gegen konfiskatorische Steuerpläne, für die Durchfüh-
rung der freien Wirtschaft und eine Verständigung
von Stadt und Land Stellung genommen.

Ein Friedensschritt der amerikanischen Botschafter in Europa?

Wie die „Chicago Tribune“ mitteilt, haben die
diplomatischen Vertreter der Vereinigten Staaten
in Europa an die Regierung und das Volk Amerikas
eine erste Mitteilung geschickt, daß entweder der
Versailler Vertrag mit Ausnahme des Völkerbundes-
alles ratifiziert werden soll, oder daß man in
Unterhandlungen mit Deutschland über den Abschluß
eines Sonderfriedens eintreten solle.

Loucheur über Wiederaufbaufragen.

Paris. Der Minister für den Wiederaufbau,
Loucheur, hat eine Reise durch das ehemalige

Kampfgebiet gemacht und hierbei auch die Stadt
Balecienne besucht. Er hielt dort eine
Rede an die Munizipalverwaltung, in der er u. a.
sagte: Ich kenne die Gefühle der Bevölkerung der
Norddepartements hinsichtlich der Beschäftigung der
deutschen Arbeiter. Es sei eine Torheit, anzu-
nehmen, daß eine Stadt wie Valenciennes vier-
hunderttausend Deutsche kommen lassen könne, um die
Häuser wieder aufzubauen. Es würde dadurch ein
Zusammenbruch entstehen, das man nicht dulden
könne. Loucheur ging dann auf die Frage der Ma-
teriallieferungen durch Deutschland ein und erklärte,
er könne nicht die Verpflichtung übernehmen, Liefe-
rungen Deutschlands auszuschießen, die für Frank-
reich eine Erleichterung darstellen könnten.

England und Frankreich.

London. Der Londoner Berichterstatter des
„Manchester Guardian“ schreibt: Amt-
liche britische Kreise sehen den Augenblick als nicht
zeitgemäß an, um die Frage eines Bündnisses
zwischen Frankreich und England aufzunehmen.
Es beständen zu viele unerledigte Fragen, die gelöst
werden müßten. Es seien grundlegende Fragen,
die das gesamte Feld der französisch-englischen Be-
ziehungen betreffen. Es würde z. B. unmöglich
sein, ein Bündnis auf der Grundlage
einer französischen Politik, die auf
die Erdrosselung Deutschlands ge-
richtet sei, zu schließen. Die französische Re-
gierung habe, was von den amtlichen britischen
Kreisen außerordentlich bedauert werde, sich bisher
weigert, diese Frage in einer Konferenz zu er-
örtern.

England.

England stellt die Beantwortung der fran-
zösischen Note nach Eingang offizieller Berichte aus
Oberschlesien in Aussicht. — Briand protestierte
in einer der britischen Botschaft überreichten Note
gegen verschiedene Bestimmungen des englisch-
russischen Handelsabkommens.

Das Ergebnis des russischen Kongresses in Reichenhall.

Bad Reichenhall, 7. Juni. Der rus-
sische Kongress in Bad Reichenhall zum wirt-
schaftlichen Wiederaufbau Russlands hat mit einer
Entschiedenheit seinen Abschluß gefunden. Der
Kongress kam zu dem Ergebnis, daß der Wiederauf-
bau Russlands ohne die Rückkehr zu den heiligen
Wurzeln der Vergangenheit und ohne die Wieder-
herstellung der Monarchie unmöglich ist. Ohne die
Wiederherstellung der russischen Monarchie könne
es in Westeuropa keine wirtschaftliche Wiedergeburt
geben. Aber ohne die Lösung dieser weltwirtschaft-
lichen Aufgaben liege auch die politische Verhängung
der Welt unbestimmt. Deshalb werde die russische
Monarchie als Bedingung des Gleichgewichts der
internationalen Kräfte das allgemeine Friedens-
werk krönen.

Oberschlesien.

dz Berlin, 6. Juni. Im Laufe des
6. Juni eroberte der deutsche Selbstschutz unter
Kämpfen den wichtigen Bahnknotenpunkt
Kandzgin, worauf die Aufständischen auch
Ujest räumten.

Berlin. Der englische General
Hemmer, der die Führung der englischen
Truppenverstärkungen in Oberschlesien über-
nommen hatte, hatte mit dem Befehlshaber des
deutschen Selbstschutzes, dem General Höfer,
eine Besprechung über das weitere Verhalten
des Selbstschutzes abgehalten.

Berlin. Die Blätter berichten Einzel-
heiten über die Niederlegung der
italienischen Soldaten, die die Be-
setzung der Dübenschlaggrube in Oberschlesien ge-
bildet haben. Nachdem man ihnen die Waffen
weggenommen hatte, mußten sie fortlaufen, es
wurde dann solange auf sie geschossen, bis sie
alle tot zusammenbrachen. Vorher haben sie
den polnischen Insurgenten die Hände und
Füße küssen müssen. Auch der Kommandant
der Italiener, der mit hochgehobenen Händen
über den Grubenhof gehen mußte, wurde auf
kurze Entfernung erschossen.

Berlin. Bei Slowenitz stürzte die
von den Insurgenten gesprengte Mo-
dny-Bridge beim Übergang von deutschem Selbst-
schutz völlig zusammen. Der Selbstschutz hatte
hierdurch acht Tote und sieben Verwundete.

Eine deutsche Note wegen Oberschlesien.

ddz London, 7. Juni. Neuter zufolge
habe der deutsche Botschafter in Eng-
land gestern nachmittag dem Foreign Office
eine Note übermittelt bezüglich des amtlichen
Schreibens, das die Interalliierte Kommission
in Oppeln an General Höfer unterm 4. Juni
abends gesandt hatte und in dem die Interalli-
erte Kommission die Zurücknahme der deut-
lichen Verteidigungstruppen in Oberschlesien bis
zur Linie Döllna-Beschnitz verlangt; dieser
Rückzug sollte um 12 Uhr nachts beginnen,
widrigenfalls die alliierten Truppen aus den
Städten des Industriebezirks zurückgezogen
werden würden. — In der deutschen Note wird
nun Neuter zufolge erklärt, daß diese Drohung
der Alliierten weder von den Einwohnern
Oberschlesiens, noch vom deutschen Volke er-
tragen werden könne; sie würde die deutsche
Bevölkerung ohne Verteidigungsmöglichkeit
den polnischen Aufständischen ausliefern und
einen schweren Bruch des Friedensvertrages
darstellen. Nach den früheren Handlungen der
Polen sei es klar, daß die Deutschen sich nicht
verteidigungslos den Polen ausliefern würden.
Die von den Alliierten angeordnete Maßnahme
würde einen allgemeinen Bürgerkrieg hervor-
rufen, dessen Folgen sehr weittragend wären.
Es sei der deutschen Regierung unmöglich, die
deutschen Verteidigungstruppen von der Ver-
teidigung zurückzunehmen und die deutsche Be-
völkerung den Angriffen der polnischen Ban-
den auszuliefern. Die obereschlesische Bevölke-
rung erwarte von der Ankunft der englischen
Truppen die Befreiung von dem polnischen
Schrecken. Wenn diese Erwartung enttäuscht
würde, würde sie sich zu Akten der Vergewalt-
lung hinreißeln lassen können, die schwere Fol-
gen haben würden.

General Höfer soll nicht vorrücken.

London, 7. Juni. „Daily Telegraph“ be-
richtet aus Oberschlesien: General Höfer wurde da-
von verständigt, daß ein weiteres Vorrücken seiner
Truppen das Leben und Eigentum der Deutschen
in Oberschlesien gefährden und auch die völlige Zer-
störung der Bergwerke durch die Insurgenten zur
Folge haben könnte.

Ueber das Ergebnis der Bespre-
chung zwischen dem englischen General Hemmer
und dem Führer des deutschen Selbstschutzes, Ge-
neral Höfer, hat die „Tollische Zeitung“, daß der
englische Befehlshaber die Zustimmung gab, daß
eine Säuberungsaktion unmittelbar begin-
nen und im schnellsten Tempo durchgeführt werden
soll. Das Vorgehen sei in der Weise geplant, daß
die englischen Truppen die von den Polen zu räu-
menden Gebiete besetzen, während französische
Truppen die deren Rückzug überwachen. In dieser
Weise soll das ganze Industriegebiet gesäubert
werden.

Berlin, 7. Juni. Wie dem „Abt. Uhr-
Abendblatt“ aus Paris gemeldet wird, hat Graf
Niedzinski in Dolina das Kommando über die
aufständischen niedergelegt, weil er einsehen mußte,
daß es ihm nicht möglich war, die Disziplin unter
den Aufständischen aufrecht zu erhalten, und weil
er es vermeiden wollte, daß man ihn mit den
mordenden und plündernden Insurgenten identi-
fiziert. Auch der Vorrück der englischen Truppen
hat zu seinem Entschluß beigetragen. Die mora-
lische Wirkung der Ankunft der englischen Trup-
pen hat sich bereits gezeigt. Die Verwirrung, die
in den Reihen der Polen eingetreten ist, hat zu
einer Erschlaffung ihres Widerstandes in der Gegend
von Kandzgin und Ujest geführt.

Protest der deutschen Regierung.

Paris, 8. Juni. Der deutsche Botschafter Dr.
Mayer hat sich gestern abend zum Ministerium für
auswärtige Angelegenheiten begeben, um gegen die
von der interalliierten Kommission in Oppeln ge-
troffenen Entscheidung zu protestieren, den Schutz
der deutschen Städte in Oberschlesien nicht zu über-
nehmen. Berthelot erwiderte Dr. Mayer, daß die
Kommission von Oppeln über die politische Freiheit
und Autorität verfüge, um alle notwendigen Ent-
scheidungen zu treffen, um die Ordnung wieder
herzustellen.

Ein Hilferuf aus Kattowitz.

Breslau, 8. Juni. Von dem schwer be-
drängten Kattowitz ist ein Hilferuf an die Kultur-
nationen ergangen, worin es heißt: Woher die
Woche vergeht, die in Aussicht gestellte Hilfe ist
ausgeblieben. Die Not ist inzwischen ins Ange-
heuer gestiegen. Heute ist die Stadt ohne Wasser.
Die Lebensmittel gehen zur Neige. Man muß
Nachricht verlangen, ob und wann der kaum noch zu
ermwartende Einbruch der Stadt zu erwarten ist.

Die großen obereschlesischen Hüttenwerke vor der Stilllegung.

Oppeln. Der Kohlenmangel wird die
großen obereschlesischen Hüttenanlagen in wenigen
Tagen dazu zwingen, den Betrieb gänzlich einzu-
stellen. Die Arbeitsleistung ist schon heute minimal.
Die Kohlenförderung läuft Gefahr, stillgelegt zu
werden, da die Halben aufgefressen sind und die
Transportmöglichkeit fehlt. Aus Grenzgebieten ließ
Korhant Kohlen durch entwendete deutsche Güter-
bahnhöfen nach Polen schaffen. Anfolge des Pa-
piermangels können die „Oberschlesische Landes-
zeitung“ und die „Ostdeutsche Morgenpost“ nicht
mehr erscheinen, die übrige Presse im besetzten Ge-
biet erscheint in geringem Umfange in kleiner
Zufolge.

Kleine Mitteilungen.

Der Segen der deutschen Besetzung. Eins der
führenden Eisenwerke in Belgien hat in einem
Prospekt an seine Kunden in Finnland auf folgende
Weise reklamiert für sein Unternehmen gemacht:
„Unter der deutschen Besetzung wurden unsere
Werke so modernisiert, daß wir nun mit Erfolg mit
der deutschen Eisenindustrie konkurrieren können.“

In der Diebstahlsfalle. hat die Botschafter-
konferenz der deutschen Botschaft ein Schreiben
überreicht, in dem sie die Umbaufrist bis zum 30.
September 1921 verlängert.

Die Engländer in der türkischen Ratio-
nalisten nimmt ständig zu, so daß man in mög-
lichenden englischen Kreisen mit einem neuen Reize
rechnet.

Der 5. Kriegsbeschuldigtenprozeß.

Leipzig, 7. Juni. Mittwoch, den 8. Juni,
beginnt vor dem Reichsgericht der 5. Kriegsbe-
schuldigtenprozeß. Die Anklage, die von den Polen
ausgeht, richtet sich gegen den Studenten der Rechts-
wissenschaften Max Rembahr aus Leipzig wegen
angeblicher Erpressung. Der Prozeß wird wiederum
mehrere Tage in Anspruch nehmen.

Aus Stadt, Kreis u. Umgebung.

Hochheimer Lokal-Nachrichten.

Hochheim. Stadterordnetenversammlung
vom 7. Juni. Stadtvorsteher Hr. Abt erstattet
jüngst Bericht über die am 23. April und 25. Mai
vorgangenen Kassenrevisionen, bei wel-
chen alles in Ordnung gefunden wurde. — Das Ge-
such um Beihilfe der Vertretung der
Kosten während des Urlaubs der erkrankten Leh-
rerin Hr. Bchl. wird zurückgestellt, da die erforder-
lichen Unterlagen fehlen. — Für die Wahlen zur
Schuldeputation sind neue Bestimmungen
erlassen worden, wonach Neuwahlen festzusetzen
haben. Der Wahlschluß schlägt vor, aus dem
Stadterordnetenkollegium die Herren A. A. Sie-
fried, Meiser und Krüger zu wählen. Aus der
Bürgerkammer sind vorgeschlagen die Herren Dr.
Sammler, Peter Sad und Kottig. Die Versamm-
lung ist mit der Wahl der Vorgesetzten einver-
standen. — Von einem Dankschreiben für
die Teilnahme bei der Befreiungsfestlichkeit von
Herrn Geh. Kommerzienrat H. A. Hummel wird
Kenntnis genommen. — Stadtvorsteher Hr. Abt
liest ein Schreiben des Stadtrates Herrn Peter
Boller betreffend elektrische Bahn. Herr
Boller weist darin unter Befehligung von Zeitungs-
berichten auf die neuerdings wieder in Gang ge-
setzten Bestrebungen für die Erbauung
einer Ländchenbahn hin, wofür ein Ver-
kehrsamt gebildet worden ist. Er erwähnt
weiter die bereits vor 16 Jahren gescheiterten Ver-
handlungen über eine Bahnverbindung Hochheim-
Kaiserslautern bzw. Wiesbaden. Die Stadt. Eisen-
bahngesellschaft sei dem Projekt unter gewissen Be-
dingungen geneigt gewesen. Später Zeit wäre es
vorbehalten gewesen, die Bahn nach dem Ab-
schluß auszubauen. Die Verhandlungen verliefen da-
her erfolglos. Herr Boller tritt dann dafür ein,
daß die Arbeiten wieder aufgenommen werden.

Wolle man den Verkehr in Hochheim mit der
Fahrtzeit haben, so müßte der Verkehr nach Hoch-
heim gefördert werden. Stadts. Seiler: Seit
der Tagung seiner Fraktion in der Stadtkommission
über den Ausbau der elektr. Bahn schied und sie
auf den Ausbau der elektr. Bahn schied und sie
Interesse entgegen. Die Bewilligung würde für
Hochheim einen bedeutenden Fortschritt bedeuten
und das Geschäftsfeld gewaltig heben. Besonders
glücklich sei es, daß dabei zwei Großstädte in Be-
zug kämen, die beide ein ungeheures Interesse
daran haben. Da heiße es, die Situation auszu-
nutzen, vorausgesetzt, daß überhaupt jetzt der Bau
einer Bahn möglich ist. Es liegen mehrere Pro-
jekte vor. Die Fortsetzung der Eisenbahnlinie
mit Anschluß an die Wiesbadener und die Mainzer
Bahn, also eine Rundbahn. Bei der Verbindung mit
Mainz läge ein einziger ausfahrbarer Weg in Be-
zug auf die Verlängerung von Hochheim durch Ueber-
führung der Staatsbahn in der Nähe der Klein-
en Brücke, dabei habe die Bahn keine Steigung.
Er möchte vordringen, daß man dieses Projekt im
Uge behält und möglichst die Gelegenheit auszunut-
zen. Eine andere Gemeinde, die Gelegenheit auszunut-
zen, wäre gut, wenn eine Kommission gebildet würde,
welche die Angelegenheit in die Hand nimmt.
Stadts. J. B. Siegfried schlägt sich den Aus-
führungen vollkommen an. Er halte die Bildung
einer Kommission für dringend notwendig. We-
gen eines besseren Verkehrs schafften können, müßte
die Angelegenheit im Auge behalten werden. Den
Angehörigen des Herrn Seiler hält er entgegen,
daß damals von der Stadt Eisenbahngesellschaft
Bedingungen gestellt wurden, nach denen sich die
Stadt mit ihren Rechten an die Gesellschaft auf
Grund und Ursprung hätte verkaufen sollen. Die
Bedingungen seien aber durch die Stadt nicht
angenommen worden. Stadts. J. B. Siegfried: Ich
halte es für eine Kommission, die die Angelegenheit
prüfen und wenn nötig zugestimmt. Selbst wenn von
der Stadt Opfer gebracht werden müßten, dürfte
man dies nicht scheuen, denn nur durch Verbesserung
des Verkehrs könne Hochheim gehoben werden.
Beigeordneter Viktor: Ich halte es für eine Kom-
mission, die die Angelegenheit prüfen und wenn
nötig zugestimmt. Selbst wenn von der Stadt
Opfer gebracht werden müßten, dürfte man dies
nicht scheuen, denn nur durch Verbesserung des
Verkehrs könne Hochheim gehoben werden. Stadts.
J. B. Siegfried: Ich halte es für eine Kommission,
die die Angelegenheit prüfen und wenn nötig zu-
gestimmt. Selbst wenn von der Stadt Opfer ge-
bracht werden müßten, dürfte man dies nicht
scheuen, denn nur durch Verbesserung des Verkehrs
könne Hochheim gehoben werden. Stadts. J. B.
Siegfried: Ich halte es für eine Kommission, die
die Angelegenheit prüfen und wenn nötig zugestimmt.
Selbst wenn von der Stadt Opfer gebracht werden
müßten, dürfte man dies nicht scheuen, denn nur
durch Verbesserung des Verkehrs könne Hochheim
gehoben werden. Stadts. J. B. Siegfried: Ich halte
es für eine Kommission, die die Angelegenheit
prüfen und wenn nötig zugestimmt. Selbst wenn
von der Stadt Opfer gebracht werden müßten, dürfte
man dies nicht scheuen, denn nur durch Verbesserung
des Verkehrs könne Hochheim gehoben werden.

auf 250 M. festzusetzen. Hier in Hochheim sei je-
doch in einzelnen Fällen von diesem Preis abge-
wichen worden. Es gehe nicht an, daß der Preis
willkürlich vom Bauer bestimmt und einseitig er-
höht werden könne. Von einzelnen Händlern werde
ein höherer Preis gefordert. Da müßte es darauf
ankommen, daß Hochheim als Bedarfs-
gemeinde gesichert sei; es dürfe keine Milch aus
Hochheim hinaus. Wegen Zusammenhängen
werde ungeschicklich vorgegangen werden. Stadts.
Treiber: Ich halte es für eine Kommission, die
die Angelegenheit prüfen und wenn nötig zugestimmt.
Selbst wenn von der Stadt Opfer gebracht werden
müßten, dürfte man dies nicht scheuen, denn nur
durch Verbesserung des Verkehrs könne Hochheim
gehoben werden. Stadts. J. B. Siegfried: Ich halte
es für eine Kommission, die die Angelegenheit
prüfen und wenn nötig zugestimmt. Selbst wenn
von der Stadt Opfer gebracht werden müßten, dürfte
man dies nicht scheuen, denn nur durch Verbesserung
des Verkehrs könne Hochheim gehoben werden.
Stadts. J. B. Siegfried: Ich halte es für eine Kom-
mission, die die Angelegenheit prüfen und wenn
nötig zugestimmt. Selbst wenn von der Stadt
Opfer gebracht werden müßten, dürfte man dies
nicht scheuen, denn nur durch Verbesserung des
Verkehrs könne Hochheim gehoben werden. Stadts.
J. B. Siegfried: Ich halte es für eine Kommission,
die die Angelegenheit prüfen und wenn nötig zu-
gestimmt. Selbst wenn von der Stadt Opfer ge-
bracht werden müßten, dürfte man dies nicht
scheuen, denn nur durch Verbesserung des Verkehrs
könne Hochheim gehoben werden. Stadts. J. B.
Siegfried: Ich halte es für eine Kommission, die
die Angelegenheit prüfen und wenn nötig zugestimmt.
Selbst wenn von der Stadt Opfer gebracht werden
müßten, dürfte man dies nicht scheuen, denn nur
durch Verbesserung des Verkehrs könne Hochheim
gehoben werden. Stadts. J. B. Siegfried: Ich halte
es für eine Kommission, die die Angelegenheit
prüfen und wenn nötig zugestimmt. Selbst wenn
von der Stadt Opfer gebracht werden müßten, dürfte
man dies nicht scheuen, denn nur durch Verbesserung
des Verkehrs könne Hochheim gehoben werden.

hat, verlangt der Herr Kommandant die Aus-
scheidung des Täters, zu dessen Ermitt-
lung 5000 M. Belohnung ausgesetzt sind.
In Wiesbaden. Am Montagmarkt war das
Geschäft in Grobholz und Schweinen ein mittleres.
Die Preise zogen trotz dem bei Grobholz etwas an,
gingen dagegen bei Schweinen herab. Bei Kälbern
und Schafen gestieg der Handel sehr schlep-
pend. Kälber hielten im Preis durchschnittlich um
100 Mark pro 100 Pfund Lebendgewicht. Schafe um
50 Mark. Der Auftrieb bei Schweinen wurde ab-
gelehrt, der bei Kälbern und Schafen geräumt, bei
Grobholz verblieb Ueberfluß.
In der Kuchengasse im Werte von über
200.000 Mark, dessen Diebstahl durch drei junge
Leute, die sich als Heidelberger Studenten ausgaben,
so großes Aufsehen erregt hat, wurde in Mannheim
wiedergefunden. Die Diebe sind jedoch noch nicht
festgenommen.
Erdbeben, Stuten und Koblenschau.
Auf dem Gelände der Rennbahn hierüber fand am
Montag die Stuten- und Koblenschau der Pferde-
zuchtgenossenschaft Wiesbaden statt, welche von
Jünglingen aus allen Gemeinden des Landkreises
teilweise besucht war und hierdurch bereichert. Je-
nische ablegte für die energischen Bestrebungen der
Landwirte hinsichtlich Wiederherstellung ihres
Viehbestandes, welcher durch die Auswanderung des
Krieges sowie die späteren Regierungen geradezu
degradiert angelassen worden müßte. In Klasse
I für Stuten im Alter von 3-12 Jahren mit Fohlen
gekauft waren 49 Einlieferungen vorhanden.
Die Klasse II für gedackte Stuten im Alter von 2-4
Jahren war von 20 Jünglingen gemeldet gleichzeitig
mit dem Antrage, die vorgeschriebenen Stuten für das
Staub der Kassen der Pferdegenossenschaft anzu-
zuführen. In Klasse III für 1- und 2-jährige Fohlen
waren 22 Tiere preisgegeben. Unter Leitung des
Vorsitzenden des Kass. Pferdegenossenschaft, Herrn
Landwirt H. Witten-Erdbeben, fand durch das be-
stellte Preisgericht, bestehend aus den Herren Emil
Koch-Dellheim als Schlichter, Reinhold H. Witten-
Erdbeben, Karl Strittger-Biedrich, August Selz-
Erdbeben und Karl Heymann 1. Preis für die Or-
nung des vorgeführten Fohlenmaterials, und
hierauf für Preisrichter bestanden die Punk-
tierung der preisgegebenen Tiere vorgenommen. Das
Durchschnittsergebnis der einzelnen Preisrichter-
wertung entschied für die Zuerkennung der Prä-
mien und Preise, welche von der Landwirte-
kammer, dem Kass. Pferdegenossenschaft und
der Pferdegenossenschaft zur Verfügung gestellt
worden waren. Als Zuschlagsprämie für
Saugfohlen gewährte die Landwirtegenossenschaft
für Saugfohlen 2000 Mark und für Saugfohlen
3000 Mark, und waren in dieser Klasse eine große
Anzahl preisgegebener Tiere preisgegeben. In einer
Sonderklasse wurde ein Preis für den besten
Fohlenzüchter verliehen. Ueber das Ergebnis der
Stuten- und Koblenschau werden wir nach Fest-
stellung berichten. Nach dem Eindruck der vorge-
führten Tiere steht jedoch bereits fest, daß die Preis-
richter eine schwere Wahl zu vollziehen haben, da
durchweg ein erstklassiges Fohlenmaterial gezeigt
werden konnte, welches Zeugnis dafür ablegte, daß
hinsichtlich der Fohlenzüchtung ein erfreulicher Aufschwung
in dem Landkreise Wiesbaden vorhanden ist.
Von Rhein- und Mainaale. Die Feste
hat mit Beginn dieser Woche in vielen Gemeinden
ihren Anfang genommen. Man acht heutige
Dank der Aufklärung durch die Presse und in den
landwirtschaftlichen Vereinen überall am reichlich 2
bis 3 Wochen früher als den Grasschnitt heran, als
dies früher zu Grasschnittzeiten geschah, weil man
weiß, daß das Gras geschnitten werden muß, so-
bald es in die Blüte tritt. Wartet man länger, dann
verbraucht das Gras seine besten Nährstoffe zur
Samenbildung; es wird holzig und verliert fast an
Nährwert, zumal die Samenfrucht bei der
Ernte doch größtenteils nutzlos verloren gehen.
Quantitativ läßt die diesjährige Heuernte in trüben
Tagen sehr zu wünschen übrig; nur auf feuch-
tem Boden ist das Ergebnis besser; doch sieht das
Gras auch hier nicht besonders aus.
Finken. Der hiesige landwirtschaftliche
Konsumverein eröffnet am nächsten Donner-
stag, den 9. Juni, seinen diesjährigen Obstmarkt.
Dieser Markt dürfte auf die Kreise der Obst-
händler weithin eine besonders starke Zugkraft
ausüben, denn die Gemeinde Finken marsch-
iert mit ihrem überaus hochstehenden Obst-
bau weithin in Hessen und darüber hinaus an
allererster Stelle. Was hier eine rationell be-
triebene Obstkultur innerhalb weniger Jahre
geleistet hat, steht wohl einzig da. Dürftige
Kiefernwaldungen zwischen Finken, meist
Privatbesitz, haben in kurzer Zeit weit aus-
gedehnte, sehr ertragsreiche Obstbaumplan-
ten Platz gemacht, die alljährlich Millionen-
erträge liefern. Alle Obstbaumarten und
Beerensträucher sind hier in sehr großer Zahl
vertreten. Eine Obstbaumzählung stellte hier
vor Jahren schon weit über hunderttausend
Bäume fest. Neuerdings hat insbesondere
auch die Erdbeerkultur hier eine riesenhafte
Ausdehnung gewonnen. Es ist erstaunlich,
was hier eine intelligente und fleißige Landbe-
völkerung aus einem an sich nicht besonders
fruchtbaren sandigen Boden gemacht hat. Auf
dem Obstmarkt werden zur Zeit besonders
große Mengen Erdbeeren und Kirschen zum
Verkauf gebracht. Die Aprikosen fehlen die-
mal leider fast gänzlich; dagegen liefern die zu
vielen Hunderttausenden angepflanzten Jo-
hannis- und Stachelbeerstäucher demnächst
sehr gute Erträge.

folgenden Wortlaut: „Ich beehre mich, den Ein-
satz des gezeichneten Schreins vom 15. ds. Mts. mit
Dank entgegen zu nehmen und den hiesigen
Bau nicht verfehlt habe, dessen Inhalt. Seiner
Majestät des Kaisers und Königs vorzutragen. Seine
Majestät steht auf dem Standpunkt, der Berliner
Lehrer-Berufsverein hat sich die Rechte 1913 erlan-
gen und bleibt im Besitz der Rechte, so lange, bis ein
neuer Gesetzverstoß ausgerufen wird, um den
Rechts alsdann zu verteidigen oder neu zu er-
ringen.“
Neueste Nachrichten.
Die Getreidebewirtschaftung.
In Berlin, 8. Juni. Im Reichs-
tagsschluß für Volkswirtschaft
wurde ein Antrag Bause auf sofortige Einfüh-
rung der freien Bewirtschaftung des Getreides
gegen die Stimmen der Deutschen Volkspartei,
der Deutschnationalen und der Demokraten mit
14 gegen 12 Stimmen abgelehnt, ebenso ein
Antrag Schumann und Genossen auf Beibehal-
tung der Zwangswirtschaft gegen die Stimmen
der Sozialdemokraten. Der Paragraph 1 des
Gesetzeswurfs wurde sodann auf Antrag
Blum in der Fassung angenommen, daß aus
dem Inland im Wirtschaftsjahr 1921/22 1 1/2
Millionen Tonnen Getreide im Wege der Um-
lage aufzubringen sind.
Oberschlesien.
In Berlin, 8. Juni. Die der „Vorwärts“
melbet, beginnt sich die Bildung einer neu-
traalen Zone in Oberschlesien zwischen
den polnischen und den deutschen Streitkräften
zu vollziehen. Im Norden haben die englischen Trup-
pen Rosenberg besetzt, im Süden ist ein Bataillon
italienischer Truppen in Gleiwitz eingerückt, in der
Mitte der Front stehen englische und französische
Truppen zwischen dem deutschen Selbstschutz und
den polnischen Insurgenten. Dadurch ist es wohl
auch zu erklären, daß während eines Gefechtes
zwischen Selbstschutz und Polen bei Kalina drei
verwundete Franzosen durch den Selbstschutz
genommen wurden. Die Franzosen wur-
den sofort dem nächstliegenden französischen Kom-
mandanten zur Verfügung gestellt. — Mehrere
Blätter zufolge kämpfen auf Seiten der polnischen
Insurgenten jetzt nur noch sehr wenige Oberschlesier.
Die polnischen Bergarbeiter, die kampfmüde sind,
sind fast überall in die Betriebe zurückgekehrt. Die
polnische Kampflinie besteht fast nur noch aus
Kongress-Polen.
Frankreich und England.
In Paris, 8. Juni. Havas läßt sich aus
London melden: Nach Informationen, die aus
amtlichen englischen Quellen stammen, ist auf
Anregung des auswärtigen Amtes die neuer-
dings in der französischen und englischen Presse
vielfach erörterte Frage einer festum-
rissenen Entente zwischen Frank-
reich und England in drei Sätzen
des englischen Kabinetts zur Sprache gekom-
men. Die Idee wurde in der Form vorge-
bracht, daß England sich verpflichten solle, im
Falle eines deutschen Angriffes Frankreich bei-
zustehen, und daß Frankreich als Gegenleistung
die englischen Bedenken gegen eine Befestigung
des Ruhrgebiets zurückzuziehen und mit England
im Orient zusammenhalten solle. Für diesen
Gedanken seien zwei oder drei Minister, darun-
ter Lord Curzon und Chamberlain, eingetre-
ten; die Mehrheit der Minister, darunter
Churchill, habe aber den Plan nicht unterstützt.
Gegenwärtig werde diese Frage von den am-
tlichen Stellen nicht mehr erörtert.
Letzte Nachrichten.
In Villingen, 8. Juni. In einem Steinbruch bei
Trechtingshausen ging eine Sprengmine vorzeitig
los; ein Arbeiter wurde sofort getötet, ein zweiter
starb kurz nach seiner Verbringung ins hiesige
Krankenhaus.
Eine Unterredung mit Reichskanzler
Dr. Wirth.
In Paris, 8. Juni. Reichskanzler
Dr. Wirth hat dem Berliner Korrespondenten
des „Matin“ eine Unterredung gewährt
und u. A. gesagt, die Konferenz von Spa sei eine
schwere Probe für Frankreich und Deutschland ge-
wesen. Das Deutsche Reich habe den Allerten da-
mals in einer vollen wirtschaftlichen Krise einen
beträchtlichen Teil seiner Rohstoffproduktion abtreten
müssen. Wenn er damals die deutsche Politik ge-
leitet hätte, hätte er der Entente eine sehr große
Summe als Reparation angeboten. Dann hätte
sich der politische Horizont ein wenig früher aufge-
hellt und man hätte kostbare Zeit gewonnen. Seit
Spa hätten sich die Beziehungen zwischen Frank-
reich und Deutschland immer mehr verschlechtert.
Deshalb glaubt der Reichskanzler, daß die Londoner
Konferenz unter ungünstigen psychologischen Be-
dingungen begonnen worden sei. Es sei aber be-
dauerlich, daß die Verhandlungen gescheitert seien.
Die jetzige deutsche Regierung, unterstützt von der
großen Mehrheit des deutschen Volkes, werde die
Bedingungen des Ultimatus ausführen. Nach
mehr oder weniger zurechtgemachten Statistiken
könne man unmöglich die Produktionsfähigkeit
Deutschlands feststellen; das sei ein kleines akade-
misches Ziel, an dem gewisse Volkswirtschaftler Ge-
fallen fanden, das aber von den Politikern nicht
ernst genommen zu werden brauche, die ganz genau
wüßten, welchen Ueberraschungen man sich aus-
setze, wenn man im Voraus die industrielle zukünf-
tige Kurve Deutschlands festlegen wolle. Die Re-
gierung werde sich darauf beschränken, die prak-
tischste Methode zu suchen, um die Reparationspflicht
in vollem Umfang zu erfüllen. Mehr als alle
Reden freien Geldzahlungen und Sachlieferungen ge-
eignet, den Weg zu einer Annäherung zu ebnen.
Insbesondere werde er alle Sorgfalt darauf ver-
wenden, daß in dem angeführten Zeitraum das
Ultimatum eingehalten werde. Der Reichskanzler
sprach dann über die bayerische Entlassungsfrage,
die er in günstiger Weise beurteilte und sagte, er
sei überzeugt, daß es in Bayern keine geheimen
Waffendepots gebe, und daß man in einigen Tagen
die Bürgerbewaffnung und die schweren Waffen abliefern
würde. Was Oberschlesien betrifft, so erklärte Dr.
Wirth, General Höfer sei Oberschlesier. Er ver-
teidige seine von den polnischen Aufständischen be-

drohten Landsteute. Er sei ein tapferer Soldat und ein sehr entgegenkommender Mann. Er habe die feste Hoffnung, daß die interalliierte Kommission in diesen Tagen mit ihm ein Abkommen treffen werde. Sie bestimme eine Autokratie über den General und über seine Truppen. Er werde jedoch das Mögliche tun, um ein Einverständnis zwischen den Parteien zu erleichtern. Besondere Gerechtigkeit müsse er der deutschen Bevölkerung in Oberschlesien angedeihen lassen. Sie habe Beweise einer wahrhaften Engelsgeburt gegeben, unterstützt von der Hoffnung, daß Oberschlesien deutsch bleiben werde. Die Oberschlesier glaubten nicht mehr an die Gerechtigkeit. Das sei eine sehr gefährliche Geistesverfassung. Es sei jetzt endlich an der Zeit, daß die interalliierte Kommission die Rechte und das Leben der Bevölkerung schütze. Lue sei das nicht, dann sei Oberschlesien vom Bürgerkrieg bedroht. Niemand sei verpflichtet, seinen Hals dem Bürger darzubieten. Dr. Wirth erklärte, noch vor Weihnachten werde das erste Drittel des Reichsmotors eingegangen sein. Den notwendigen Teil der Einnahmen für die Ausführung der Reparationen werde er durch direkte Steuern verlangen. Das einzige Ziel seiner Politik sei, die Bedingungen des Ultimatums zu erfüllen. Er werde mit allen Parteien in der Regierung zusammenarbeiten.

Hilf Dir selbst.

Roman von Hedwig Kirsch

(14. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Er hatte sich immer mehr erwärmt für seinen Plan und konnte nun offenbar die Entscheidung nicht mehr erwarten. Wieder ging ein tiefer Blick Raimunds zu seiner Frau hin, die ohne Zaudern antwortete:

Natürlich sag ich ja. Du kannst das Gut verkaufen oder pachten, wie Du willst. Hast Du noch lange nicht so weit, es selbst zu nehmen. Und — ich bin auch hier erziehlich, fügte sie gepreßt hinzu.

Hans in seiner Befriedigung schaute nicht auf das Letzte.

Es gillt tief er ganz vergnügt, er sagte Gustas Hand. Raimund, schlag ein!

Glücklich widerstrebend berührte Raimund die verschlungenen Hände.

Wiso abgemacht, fuhr Hans eifrig fort. Aber das müßt Ihr mir versprechen, Kinder, daß Ihr ausschließlich in ausgesuchter Weise meine Sommergäste seid. Und im Winter kommen wir zwei Verwandten zu Euch nach Granitz. Dann kann meine arme kleine doch wenigstens zeitweise Gustas Mutterorgie genießen. Und ich werde mich in Euren Familienkreise für meine Einkünfte schloßlos halten. Ja, allzu lange werde ich es bei den todesähnlichen Ausflüchten wohl nicht drüber aushalten, wenn ich nicht gar Vater in der Fremde spielen und eher wiederkehren soll, als Euch lieb ist.

Du bist uns jederzeit willkommen und je eher desto lieber, sagte Gustava bewegt.

Als dann Hans abschiednehmend vor ihr stand und ihr so recht treu und warm in die Augen sah, da brach Gustavas Selbstbeherrschung plötzlich zusammen unter den schweren körperlichen und seelischen Anforderungen der letzten Tage, wollte nicht mehr gehorchen der traurigen Tatsache gegenüber, daß nun auch ihr letzter, treuester Freund sie verließ.

Vor ihm stehend, seine beiden Hände krampfhaft umfassen, schluchzte sie auf: Geh nicht fort! Was wird aus mir, wenn auch Du gehst? Sie war ein hilflos verlassenes Kind.

Da schossen auch ihm die Tränen in die Augen, und sprachlos zog er die Weinende an sein Herz. Raimund bemerkte die beiden, daß Raimund das Zimmer verließ.

Hans schloß sich endlich. Aber immer noch hielt er Gustas Hand, und wie gebannt blickten seine Augen an ihrem erschütterten Antlitz.

Gustava, sagte er langsam, in einem Tone, wie er nie gesprochen hatte, es wird keine Sünde sein gegen mein armes, in ihrer Krankheit geliebtes Weib, wenn ich es einmal ausspreche, bei meinem Scheiden: Ich danke Dir, daß Du mich geliebt hast. Ich bin an dem Besten, was das Leben mir bot, vorbeigegangen in unbegreiflicher Verbildung. Das habe ich zu spät erkannt in schwerer Lebensschule. Und auch mein Herz habe ich zu spät erkannt. Und in dieser Erkenntnis habe ich wieder anderes verurteilt, was sich nicht mehr gut machen läßt. Dennoch ist das Bewußtsein dieses Besten, dessen ich einst gewürdigt wurde, der Leistern gewesen, der mich hinausgetragen und mich gehalten hat, wo ich in stumpfer Gleichgültigkeit versunken war. Und so soll es bleiben, und dafür danke ich Dir, Gustava, bis an mein Lebensende.

Wir haben uns gefunden — als Freunde, antwortete Gustava still.

Als Hans mit Gustava aus dem Hause tritt, hat Raimund seinen Sitz am Lenker des Automobils schon eingenommen. Hinter ihm im Wagen hält das Kinderträuflein das sorglich eingehüllte Hannchen auf dem Schoß. Der Motor rasselnd und lärmend, als wolle er jedes weitere Abschiedswort erstickend, und sobald der letzte Reisende eingestiegen ist, laßt das Fahrzeug davon. Raimund, daß der Führer noch seine Nähe geliebt hat vor der jäh abbrechenden Frau auf der Terrasse. Gustava aber bestieg ihren Wagen und fuhr hinter den anderen her — allein mit ihrem Anaben nach Borken hinüber.

Die Herrin von Borken ging in ihrer Wirtschaft umher, sie ritt auf der Feder und verhandelte mit dem Inspektor. Aber sie war rasselnd dabei und unruhig. Wenn sie mit dem Inspektor sprach, verlor sie mitten in der Verhandlung den Boden, oder sie verließ plötzlich das Zimmer und vergah das Wiederkommen, bis der verblüffte Mann kopfschüttelnd gegangen war.

Sie stürzte sich auf ihren Anaben und rief ihn an sich, worüber der in keinem Spiel geladene kleine mehr Enttäuschung als Dankbarkeit zeigte. Und dann ließ sie ihn wieder von sich und ließ blindlings in den Park hinein.

Rein, schrie sie, in den verborgenen Gängen

umherirrend, nein, ich kann nicht! Und ich will nicht. Niemand darf das von mir verlangen.

Es war niemand zu sehen, gegen den sie sich so wehrte. Und es war doch jemand da. Schattenhaft ging er neben ihr her. Er sah sie an mit dem schwer tragenden Blick, der auf ihr geruht bei Lillas Begräbnis, während der herb geschlossene Mund kein Wort für sie gehabt hatte auf dem langen Weg zum Friedhof hinaus und den ganzen übrigen traurigen Tag. Bis er ohne Abschied davon gefahren war — er, ihr Vater, der nicht mehr zu ihr sprach, weil er auf das Wort aus ihrem Munde wartete.

Aber Gustava sah vor sich selbst. Sie sah vor ihrem Kinde, das sie vernachlässigt und den Deuten überließ, wie sie es sich nie zugetraut haben würde. Ganz fremd wurde der kleine Mensch ihr in diesen Tagen.

Aber nachts, wenn er fest schlief, schlich sich die treulose Mutter an sein Bett, sah auf das rotbackige Gesichtchen nieder, auf dem der breite Kranz dunkler Wimpern lag. Starrte auf die runden, braunen Häutchen, die kräftig zusammengeballt auf der Decke lagen, als wolle der künftige Held sich im Traum schon durchs Leben schlagen. Und dann sank sie zu Füßen des Bettes, wohin die Weichen noch nicht geleitet. Dort hockte sie verzweiflungsvoll brütend, bis sie, von Müdigkeit übermannt, zur Seite des Knaben auf das Kissen fiel und im bequemen Schlaf der Erschöpfung alle Kämpfe sich lösten.

Nicht Tage hatte die unglückliche Herrin von Borken so zugebracht, drei Nächte war sie nicht mehr aus den Kiefern gekommen.

In der vierten Nacht, als der Mond grell ins Zimmer schien, stand sie plötzlich auf. Wie eine Mondschlange ging sie die Treppe hinunter und aus dem Haus. Ohne zu überlegen, rasch und fest schritt sie ihren Weg. Durch den hell beleuchteten Park, dessen Rasenfläche schimmerte wie im Offenreigen, über die kleine Brücke nach dem Friedhof hinüber. Zwischen den Gräbern schaukelte die Schatten der Kaskaden, und vom Kirchurm schlug die Witternacht. Hierher schloß Gustava, weil kein irdischer Freund mehr half. Hier hatte sie sich schon einmal Antwort geholt auf eine Schicksalsfrage.

Als Gustava vom Friedhof heimkehrte, waren ihre Kleider feucht vom Tau. Der Mond war gelunken, die fahle Morgenämmerung breitete sich aus. Ein matter Klang auch lag auf Gustavas Jügen, bleich und wehrlos, wie der noch unberührte Tag. Ihr Gesicht war verschmolzen vom Weinen, aber ihre Augen hatten keine Tränen mehr.

Vor ihrem Hofe stand Gustava einem Augenblick still — gewohnheitsmäßig. Im Stall brüllten die Kühe, sie warteten schon auf die Fütterung. Also bald vier. Die Tiere waren pünktlich wie die Uhr.

Die Gutsfrau sah sich nicht um, als der Schweiger zum Füttern kam. Sie wußte wohl kaum, wo sie stand. Ihre Gedanken waren weit weg — bei ihrem Werk.

Sie stieg die Stufen hinauf und setzte sich an ihren Schreibtisch. Noch einen Augenblick sah sie

unfähig vor ihrem Briefbogen, die Augen selbstvergeffen in die Linien vor ihrem Fenster verjagt.

Dann mit einem jähen Ruck raffte sie sich zusammen. Die Lippen aufeinandergepreßt in hartem Willen, setzte sie die Feder auf das Papier.

Dann, ohne noch einmal nachzusehen, so rasch, als ob sie fürchtete, zu brechen, hatte Gustava den Brief in den Umschlag geschoben und die Aufschrift gemacht.

Als sie fertig war, läutete die Arbeitsglocke auf dem Hofe. Von allen Seiten kamen die Knechte herbei, die Pferde wurden aus den Ställen gezogen und eingespant. Ritten auf dem Hof der Inspektor. Jetzt eilte er grüßend auf das Schloß zu: die Herrin trat aus dem Orientor.

Herr Inspektor, ich wollte Sie bitten, die Wagenpferde pfehen zu lassen und mir um acht Uhr den leichten offenen Wagen zu bestellen — nach Granitz.

Der Inspektor sah sie erstaunt fragend an. Die Pferde wurden heute notwendig in der Wirtschaft gebraucht. Sie hatten das schon besprochen. Pflöge Klenderungen war er bei dieser Gutsfrau nicht gewöhnt. Sie nahm stets Rücksicht auf die Wirtschaft. Ihr Gesicht verriet, daß etwas vorgefallen war, aber es lag ein schweigengebietender Ausdruck darüber.

Der Inspektor verneigte sich. Sehr wohl, gnädige Frau.

Gustava nickte dankend und ging ins Haus. Jetzt stieg sie die Treppe hinauf bis auf den Boden, von dem sie eigenhändig einen kleinen Koffer holte. Neben ihrem Schlafzimmer, in dem Aufseheraum, wo Kommoden und Schränke standen, begann sie zu packen. Kleine tierische Wäsche einnahm sie den Schaben und legte sie zuerst hinein. Dann kamen Röschchen und Höschen. Es war alles hier nahe beieinander und das Geschäft bald beendet, obgleich es der Baderin seltsam schwer und langsam von der Hand ging.

Der Koffer war gepackt und geschlossen. Da trübte eine Kinderstimme: Mami, Mami! laut und geheimerisch.

Gustava eilte ins Schlafzimmer. Der kleine Mann lag noch im Bettchen.

Raimund aufstehen. Heute fahre ich.

Er meinte das Ziegengeßel von Hannchen, das Daniel Hans ihm zum Abschied geschenkt hatte, und das jetzt seine höchste Wonne war.

(Fortsetzung folgt.)

Sport und Spiel.

Hochheim. Die 1. Mannschaft des 1. Hochheimer F.C. Alemannia war am vergangenen Sonntag in Orlitz, um gegen die gleiche dortigen Germania das fällige Retourspiel auszufragen. Auch diesmal blieb Alemannia trotz 4 Mann Ersatz mit 1:0 siegreich. Die zahlreiche Niederlage, den das Spiel zeigte eine Überlegenheit Alemannias. Die 1. Jugendmannschaft Alemannias machte einen Ausflug nach Oberhöchstadt im Taunus und trug bei dieser Gelegenheit ein Spiel gegen den dortigen Fußballklub aus. Unentschieden endete dieses Spiel 1:1.

Ämtliche Bekanntmachungen der Stadt Hochheim a. M.

Bekanntmachung.

Von der Pflanzepathologischen Versuchstation wird folgendes mitgeteilt, wovon der weitausgehenden Bevölkerung Kenntnis gegeben wird: Gefahr im Verzuge. Von verschiedenen Seiten wird das Auftreten der Peronospora gemeldet. Bei feuchtem warmen Wetter wird der Pilz sich schnell ausbreiten. Es gilt also, die Reben zu schützen! Die noch nicht gespritzten Weinberge sind sofort mit 1-prozentiger Kupferkalkbrühe zu behandeln.

Bespritzt die Blätter von unten und sucht auch die Gabeln zu treffen. Spritzt bei gutem Wetter, weil die Brühe dann schnell und fest antrocknet und ihr bei Regenwetter nicht mehr dazu kommt. Das Obidium zeigt sich bereits überall, stellenweise recht stark. Nach dem Spritzen sind deshalb die Weinberge auch sofort zu schneiden.

Hochheim a. M., 7. Juni 1921.

Der Bürgermeister. A. B. Pistor.

Bekanntmachung.

Betrifft die Ausgabe von Weibrotarten. Die dauernden Weibrotempfänger und diejenigen Personen, welche auf Grund ihres Ältesten nach Weibrot zu beantragen haben, können ihre Karten am Donnerstag, den 9. Juni, vormittags von 8—12 Uhr, im Rathaus (Lebensmittelstelle), Zimmer 3a, in Empfang nehmen.

Hochheim a. M., den 6. Juni 1921.

Der Magistrat. A. B. Pistor.

Bekanntmachung.

Es wird des öfteren die Wahrnehmung gemacht, daß an Sonntagen, sogar während der Zeit des Hauptgottesdienstes, im Feld und im Garten gearbeitet wird; dies ist verboten und strafbar. Uebertretungen, welche zur Anzeige kommen, werden unanfechtlich bestraft.

Hochheim a. M., 7. Juni 1921.

Die Polizeiverwaltung. A. B. Pistor.

Bekanntmachung.

In den Gehöften von Heinrich Zentgraf, Wollenheimerstraße 17, und Philipp Sad III., Wollenheimerstraße 3, ist Viehaußschießung festgestellt. Stall- und Gehöftsperrung ist angeordnet. Hochheim a. M., den 7. Juni 1921.

Die Polizeiverwaltung. A. B. Pistor.

Bekanntmachung.

Die Ratsausweise im Gehöfte von Jakob Buschberger, Kirchstraße 5, ist erloschen. Die Mahregeln sind aufgehoben.

Hochheim a. M., den 7. Juni 1921.

Die Polizeiverwaltung. A. B. Pistor.

Bekanntmachung.

Auf das Verbot des freien Umherlaufens der Hunde im Feld und in den Weinbergen wird nochmals aufmerksam gemacht. Bei Uebertretungen werden die Weiger bestraft.

Hochheim a. M., den 7. Juni 1921.

Die Polizeiverwaltung. A. B. Pistor.

Öffentliche Mahnung.

Es wird an Zahlung der Beiträge für Rindvieh und Ziegen gemahnt. Nach fruchtloser Mahnung wird nach 3 Tagen zur Zwangsbeitreibung geschritten.

Hochheim a. M., den 7. Juni 1921.

Die Stadtasse. H. J. Mann.

Von Sonnabend, den 11. Juni 1921 ab befindet sich unser

Geschäftslokal

in den neu eingerichteten Räumen in Hochheim a. M. Plan Nr. 1. (Rathausstrasse).

Wir empfehlen uns zur Ausführung aller bankmässigen Geschäfte.

Nassauische Landesbank

Geschäftsstelle Hochheim a. M.

Kassenstunden 8—12½ Uhr vorm., 3—5 Uhr nachm. Samstags nur vormittags.

Wir teilen hierdurch höflich mit, daß wir, wie dem vor Kriege, Herrn Gastwirt Wilhelm Müller in Hochheim, „Bayerisch r Hof“ den Weinvertrieb für unseren

Kols

übertragen haben

Unser Kols ist dem Zechenkols gleichwertig. Er eignet sich für alle Feuerungen.

Wir liefern die:

Röhrung 20 : 40 mm für Dauerbrandöfen, „ 40 : 60 mm für Warmwasserheizungen und über 60 mm für größere Heizungen.

Die Abgabe erfolgt ohne Reichshausbrandbezugschein.

Machen Sie einen Versuch.

Interessenten erfahren alles Nähere durch das

Gaswerk Höchst a. M., Telefon 36

und durch den Vertreter

Herrn Wilhelm Müller, Hochheim.

Pfennigmark
Einfaß
August Jacobi, Seifenfabrik, Darmstadt.
hergestellt aus den reinsten Rohmaterialien

Gemeinnützige Nassauische Möbelvertriebsgesellschaft m. b. H.
— Wiesbaden, Luisenstraße 17. —
Cieftung geeigneter Rachen, Schlaf- und Wohnzimmer für Kriegsteilnehmer u. Minderbemittelte.
Zeltzahlung ohne Preisverhöhung gestattet.

Ein- bzw. Ausfuhr-Bewilligungen zu haben
Buchdruckerei G. Zeidler
Telefon 41.
Pfeildreieck-Seifen
Sind die besten

Rehrere
Schiffspumpen
geeignet als Garten- oder Buddelpumpen, eine größere Partie

Schiffstetten
verschiedener Glederhöhte billig abzugeben.

Johann Schneider
Hochheim, Bleichstraße 21.
Prima Buchen-Scheitholz

geschlitten auf 20 cm. Bg., trifft ein Waggon ein. Abnehmer wollen sich melden bei Pet. Cefevre, Hochheim.

STEMPEL
Fleischer Stempelabak
TH. WICKLAUS

1 Paar
Chevreau-Herren-Hatentiefel
Nr. 43, ganz neu, Handarbeit, zu verkaufen.
Kuchstraße 4, Hochheim.

Glurte mit Rücken
zu verkaufen.
Näh. Filial-Expd. des Hochh. Stadtm., Hochh.

Geld
leibt Selbstgeb. recd. Deut. Lohent. Schae-melk, Berlin R. Gieseler Str. 71

Am Freitag, 10. Juni, vormittags 11 Uhr läßt Dr. Rost im Goshaus „Zur Traube“, Franz Abt, den
Klee-Ertrag
von Ruchdammgawann 22,61 ar.
Entenpfehl 28,50 ar.
versteigern.

Dr. Doeßler.

Futtermittel!
Zu billigen Tagespreisen bietet an:
Palmerntuchen, Kofostuchen, Bier-treber, Trodenschnitzel, Futtermittel.
Friedrich Frohwein, Hochheim.

Unabhängiges Mädchen empfiehlt sich im
Nähen und flicken
in und außer dem Hause
Näh. Filial-Expd. des Hochh. Stadtm., Hochh.

Gefucht, ordentliches
Dienst-mädchen
zum 15. Juni.
Direkt. Müller, Hirschheim, Taube tenable.

Zoll-Inhalts-Erklärungen
zu haben
Buchdruckerei Zeidler
Verlag der Viehlehre Tagespost.

Reinrassige 8 Monate alte
Dobermann-Hündin
preiswert zu verkaufen.
Näh. Filial-Expd. des Hochh. Stadtm., Hochh.

Scharfer Hofhund
nebst Hütte zu verkaufen.
Näh. Filial-Expedition Hochh. Stadtm., Hochh.

Fahrradmäntel und Schläuche
in nur erstklassiger Qualität liefert
Erich Delp
Bleibich am Rhein.
Am Dilschhof.
Zernprecher 884.